

Feuerwehrsatzung der Gemeinde Olbersdorf

Der Gemeinderat von Olbersdorf hat am **14. August 2013** auf Grund von § 4 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. März 2013 (SächsGVBl. S. 158), die nachfolgende Satzung beschlossen.

§ 1 Name und Gliederung

(1) Die Feuerwehr der Gemeinde Olbersdorf ist eine Freiwillige Feuerwehr und ist Mitglied der örtlichen Feuerwehren im Ortsverband "Zittauer Gebirge". Sie führt den Namen "Freiwillige Feuerwehr Olbersdorf" und ist als Einrichtung der Gemeinde eine öffentliche Feuerwehr ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

(2) Die Feuerwehr besteht aus

- einer aktiven Abteilung,
- einer Jugendabteilung und
- einer Alters- und Ehrenabteilung.

(3) Zur Vereinfachung wurde im nachstehenden Dokument auf die geschlechterspezifische Darstellung verzichtet. Wenn also z. B. vom Gemeindeführer die Rede ist, so ist für den Fall einer Gemeindeführerin, diese gleichwohl gemeint.

§ 2 Aufgaben und Pflichten der Feuerwehr

(1) Die Feuerwehr hat bei Bränden und öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse oder andere Ursachen verursacht sind, Hilfe zu leisten und den Einzelnen und das Gemeinwesen vor dadurch drohenden Gefahren zu schützen. Zur Rettung aus lebensbedrohlichen Lagen hat die Feuerwehr technische Hilfe zu leisten. Technische Hilfe ist die Hilfeleistung für Menschen, Tiere, Sachwerte und die Umwelt bei Schäden und öffentlichen Notständen (ist ein Ereignis, bei dem gegenwärtige oder unmittelbar bevorstehende Gefahren für Leib und Leben von Menschen oder bedeutenden Sachwerten oder in erheblichem Maß für die Umwelt drohen, die nicht allein durch polizeiliche Maßnahmen beseitigt oder verhindert werden können) durch Naturereignisse und Unglücksfälle unter Einsatz von Kräften und Mitteln der Feuerwehr. Im Übrigen gilt § 16 SächsBRKG.

(2) Die Feuerwehr kann durch den Bürgermeister oder seinen Beauftragten auch bei anderen Notlagen zu Hilfeleistungen herangezogen und mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere mit dem Feuersicherheitsdienst in Veranstaltungen, Versammlungen, Ausstellungen und auf Märkten beauftragt werden (hierbei sind geeignete Angehörige der Feuerwehr einzubeziehen).

(3) Grundlage für die Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehr sind die jeweils geltenden Feuerwehrdienstvorschriften. Bei Bedarf können spezielle, den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Ausbildungen angesetzt werden. Jährlich sind mindestens 22 Dienste durchzuführen, jeder aktive Angehörige der Feuerwehr muss mindestens an 14 Diensten teilnehmen.

(4) Die Feuerwehr hat im Katastrophenschutz mitzuwirken.

(5) Gemeinden haben mit ihrer Feuerwehr auf Anforderung Hilfe zu leisten, soweit ihr Einsatz nicht im eigenen Zuständigkeitsbereich dringend erforderlich ist. Die Gemeinden sind mit ihrer Feuerwehr auch verpflichtet, auf Anforderung in Betrieben und Einrichtungen mit Werksfeuerwehren Hilfe zu leisten.

§ 3 Aufnahme in die Feuerwehr

(1) Voraussetzung für die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr im Sinne von § 18 Abs. 2 SächsBRKG sind

- für die aktive Abteilung das vollendete 16. Lebensjahr,
- gesundheitliche und charakterliche Eignung für den Feuerwehrdienst,
- schriftliche oder mündliche Verpflichtung zu einer längeren Dienstzeit.

Die Bewerber sollten in der Gemeinde wohnen und in keiner anderen Hilfsorganisation aktiv tätig sein.

(2) Ungeeignet zum Dienst im Sinne von § 18 Abs. 3 SächsBRKG sind Personen, die

- infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen,
- Maßregeln der Besserung und Sicherung gemäß § 61 des Strafgesetzbuches
 - (* Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus,
 - * Unterbringung in einer Entziehungsanstalt,
 - * Unterbringung in der Sicherungsverwahrung,
 - * Führungsaufsicht,
 - * Berufsverbot)
- unter Betreuung sind oder
- unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind.

(3) Bei Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen kann der Feuerwehrausschuss im Einzelfall die Aufnahme abweichend von Abs. 1 Satz 2 regeln.

(4) Aufnahmegesuche sind an den Gemeindeführer zu richten. Über die Aufnahme entscheidet der Gemeindeführer nach Anhörung des Feuerwehrausschusses. Neu aufgenommene Mitglieder der Feuerwehr werden vom Gemeindeführer durch Handschlag verpflichtet.

(5) Einer Aufnahme in die Feuerwehr steht insbesondere die Mitgliedschaft, der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer für verfassungswidrig erklärten Partei oder sonstigen Vereinigung entgegen.

(6) Bewerber/-innen, die nachweislich bereits Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr waren, werden mit dem bereits erworbenen Dienstgrad und der bisher geleisteten Dienstzeit übernommen. Erfolgreich absolvierte Lehrgänge werden bei Gleichwertigkeit nur nach Vorlage der entsprechenden Nachweise im Original anerkannt.

(7) Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Eine Ablehnung des Aufnahmegesuches ist dem Antragsteller durch schriftlichen Verwaltungsakt mitzuteilen.

(8) Jeder Angehörige der Feuerwehr erhält nach einer Probezeit von 6 Monaten einen Dienstausweis.

§ 4 Beendigung des Feuerwehrdienstes

(1) Der aktive Feuerwehrdienst endet, wenn der ehrenamtlich tätige Angehörige der Feuerwehr

- das gesetzlich festgelegte Rentenalter erreicht hat,
- aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig ist,
- ungeeignet zum Feuerwehrdienst nach § 3 Abs. 2 wird oder
- entlassen oder ausgeschlossen wird.

Ausnahmen zum Abs. 1 erster Anstrich können durch den Gemeindeführer bei Vorlage einer arbeitsmedizinischen Untersuchung für je ein weiteres Jahr erteilt werden. Kostenträger der arbeitsmedizinischen Untersuchung ist die Gemeinde.

(2) Der Antrag auf Entlassung ist unter Angabe der Gründe schriftlich an den Gemeindeführer zu richten. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn der Dienst in der Feuerwehr für ihn aus persönlichen oder beruflichen Gründen eine besondere Härte bedeutet. Nach 25 Dienstjahren kann auf den Nachweis einer besonderen Härte verzichtet werden.

(3) Feuerwehrangehörige, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde aufgeben, haben dieses unverzüglich dem Gemeindeführer schriftlich anzuzeigen. Er ist auf schriftlichen Antrag aus dem Feuerwehrdienst zu entlassen. Eine Entlassung ist auch ohne Antrag möglich.

(4) Über die Entlassung entscheidet der Bürgermeister.

(5) Angehörige der Feuerwehr können bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst oder bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflicht durch den Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses aus der Feuerwehr ausgeschlossen werden.

(6) Der Bürgermeister stellt die Beendigung des Feuerwehrdienstes durch schriftlichen Bescheid fest. Ausgeschiedene Feuerwehrangehörige können auf Antrag eine Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Feuerwehr erhalten.

§ 5 Rechte und Pflichten der Angehörigen der Feuerwehr

(1) Die Feuerwehrangehörigen, ausgenommen die Angehörigen der Jugendfeuerwehr, haben das Recht, den ehrenamtlich tätigen Gemeindefeuerleiter, seine drei Stellvertreter und die Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen.

(2) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Feuerwehr sind für die Teilnahme an Einsätzen oder der Aus- und Fortbildung nach Maßgabe des § 61 Abs. 3 SächsBRKG von der Arbeit freizustellen.

(3) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Feuerwehr erhalten bei Sachschäden, die sie in Ausübung oder infolge des Feuerwehrdienstes erleiden, einen Ersatz nach Maßgabe des § 63 Abs. 2 SächsBRKG.

(4) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Feuerwehr sind zu jederzeitigem rückhaltlosem Einsatz bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. Sie sind insbesondere verpflichtet

- am Dienst und an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen regelmäßig und pünktlich teilzunehmen,
- sich bei Alarm unverzüglich am Gerätehaus einzufinden (außer Brandschutzgruppe),
- den dienstlichen Weisungen und Befehlen der Vorgesetzten nachzukommen,
- im Dienst und außerhalb des Dienstes ein vorbildliches Verhalten zu zeigen und sich den anderen Angehörigen der Feuerwehr gegenüber kameradschaftlich zu verhalten,
- die Feuerwehrdienstvorschriften und Unfallverhütungsvorschriften für den Feuerwehrdienst zu beachten,
- die ihnen anvertrauten Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Einrichtungen gewissenhaft zu pflegen und sie nur zu dienstlichen Zwecken zu benutzen.

(5) Im Sinne der §§ 22 und 23 SächsBRKG sind die Angehörigen der Brandschutzgruppe verpflichtet im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes an Brandverhütungsschauen, Brandsicherheitswachen, Brandschutzberatungen mitzuwirken und die Bevölkerung über brandschutzgerechtes Verhalten aufzuklären. Für Brandverhütungsschauen in Gemeinden ohne geeignete Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr stellt der Landkreis sein geeignetes Personal zur Durchführung der Brandverhütungsschau zur Verfügung.

(6) Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr haben eine Abwesenheit von länger als einer Woche dem Gemeindefeuerleiter oder einem seiner drei Stellvertreter rechtzeitig anzuzeigen und eine Dienstverhinderung ihrem unmittelbaren Vorgesetzten vor Dienstbeginn zu melden.

(7) Verletzt ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Feuerwehr schuldhaft die ihm obliegenden Dienstpflichten, so kann der Gemeindefeuerleiter

- einen mündlichen oder schriftlichen Verweis erteilen,
- die Androhung des Ausschlusses oder
- den Ausschluss veranlassen.

Der Gemeindefeuerleiter hat dem Angehörigen der Feuerwehr Gelegenheit zu geben, sich zu den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen zu äußern.

§ 6 Jugendabteilung

(1) Die Jugendabteilung der Feuerwehr der Gemeinde führt den Namen "Jugendfeuerwehr Olbersdorf". Sie besteht aus den Jugendgruppen, die auf Beschluss des Feuerwehrausschusses gebildet werden und wird vom Jugendfeuerwehrwart geleitet.

(2) In die Jugendfeuerwehr können Jugendliche ab dem 8. Lebensjahr aufgenommen werden, wenn sie entsprechend § 3 dafür geeignet sind. Dem Aufnahmeantrag muss die schriftliche Zustimmung eines Erziehungsberechtigten beigelegt sein. Der Feuerwehrausschuss kann Ausnahmen vom Mindesteintrittsalter zulassen.

(3) Über die Aufnahme entscheidet der Gemeindeführer nach Anhörung des Jugendfeuerwehrwartes und des Feuerwehrausschusses. Im Übrigen gelten die Festlegungen des § 3.

(4) Die Zugehörigkeit zur Jugendfeuerwehr endet, wenn das Mitglied

- in die aktive Abteilung aufgenommen wird (auf Antrag),
- aus der Jugendfeuerwehr austritt,
- den körperlichen und charakterlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist,
- aus der Jugendfeuerwehr entlassen oder ausgeschlossen wird,
- wenn die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung nach Abs. 2 schriftlich zurücknehmen,
- vom Wohnsitz wegzieht (Ausnahmemöglichkeit analog § 3 Abs. 1 Satz 2).

Dem Jugendfeuerwehrwart ist die Beendigung der Zugehörigkeit innerhalb einer Woche schriftlich mitzuteilen.

(5) Die Mitglieder der Jugendfeuerwehr wählen den oder die Jugendgruppenleiter auf die Dauer von 5 Jahren entsprechend den Festlegungen in § 15. Das Wahlergebnis ist dem Feuerwehrausschuss zur Bestätigung vorzulegen.

(6) Der Jugendfeuerwehrwart vertritt die Jugendfeuerwehr vor der Wehrleitung und dem Feuerwehrausschuss und wird auf die Dauer von 5 Jahren von den Mitgliedern der Jugendfeuerwehr gewählt.

Der Jugendfeuerwehrwart muss Angehöriger der aktiven Abteilung der Feuerwehr sein und soll neben feuerwehrspezifischen Kenntnissen über ausreichend Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen verfügen.

(7) Die Mitglieder der Jugendfeuerwehr haben das Recht und die Pflicht an den Veranstaltungen und Übungen der Jugendfeuerwehr regelmäßig teilzunehmen. Sie sind verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen des Jugendfeuerwehrwartes oder dessen Vertretung nachzukommen und sich kameradschaftlich zu verhalten.

(8) Die Jugendabteilung fördert die Zusammenarbeit mit den Schulen.

(9) Entsprechend der Bedeutung der Jugendabteilung als Quelle des Nachwuchses für die aktive Abteilung ist der Jugendfeuerwehrwart in die Arbeit der Wehrleitung einzubeziehen.

§ 7 Alters- und Ehrenabteilung

(1) In die Alters- und Ehrenabteilung wird auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses bei Überlassung der Dienstbekleidung übernommen, wer das gesetzlich festgelegte Rentenalter erreicht hat oder dauernd dienstunfähig geworden ist und keine gegen-
teilige Erklärung abgibt.

(2) Der Feuerwehrausschuss kann auf Antrag Angehörige der Feuerwehr, die 25 Dienstjahre vollendet haben, aus der aktiven Abteilung in die Alters- und Ehrenabteilung übernehmen.

(3) Der Leiter der Alters- und Ehrenabteilung wird von den Angehörigen auf die Dauer von 5 Jahren gewählt.

§ 8 Ehrenmitglieder

Der Bürgermeister kann auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses verdiente ehren-
amtliche Angehörige der Feuerwehr oder Personen, die sich um das Feuerwehrwe-
sen oder den Brandschutz besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern
der Feuerwehr ernennen.

§ 9 Organe der Feuerwehr

Organe der Feuerwehr sind:

- die Hauptversammlung,
- der Feuerwehrausschuss und
- die Wehrleitung.

§ 10 Hauptversammlung

(1) Unter dem Vorsitz des Gemeindeführers (ein Versammlungsleiter kann be-
stimmt werden) ist jährlich eine ordentliche Hauptversammlung aller Angehörigen
der Feuerwehr durchzuführen.

Der Hauptversammlung sind alle wichtigen Angelegenheiten der Feuerwehr, soweit
zu ihrer Behandlung und Entscheidung nicht andere Organe zuständig sind, zur Be-
ratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Hauptversammlung hat der Ge-
meindeführer einen Bericht über die Tätigkeit der Feuerwehr im abgelaufenen
Jahr abzugeben.

Der Kassenwart (Stellvertreter des Gemeindeführers) hat den Kassenbericht
vorzutragen. Die Hauptversammlung wählt die Organe der Feuerwehr.

(2) Die ordentliche Hauptversammlung ist vom Gemeindeführer einzuberufen.
Eine außerordentliche Hauptversammlung ist innerhalb eines Monats einzuberufen,
wenn das von mindestens einem Drittel der aktiven Angehörigen der Feuerwehr
schriftlich unter Angabe der Gründe gefordert wird (in der Einladung ist gesondert
darauf hinzuweisen).

Zeitpunkt und Tagesordnung der Hauptversammlung sind den Angehörigen der
Feuerwehr und dem Bürgermeister mindestens 14 Tage vor der Versammlung be-
kannt zu geben.

(3) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 % der Angehörigen der Feuerwehr anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist innerhalb eines Monats eine zweite Hauptversammlung einzuberufen (in der Einladung ist gesondert darauf hinzuweisen), die unabhängig von der Zahl der anwesenden Angehörigen der Feuerwehr beschlussfähig ist. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

(4) Über den wesentlichen Inhalt der Hauptversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Stimmberechtigten unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Die Niederschrift ist vom Gemeindeführer, dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer sowie von zwei Stimmberechtigten Teilnehmern der Sitzung zu unterzeichnen. Eine Ausfertigung der Niederschrift ist innerhalb eines Monats dem Bürgermeister vorzulegen.

§ 11 Feuerwehrausschuss

(1) Der Feuerwehrausschuss ist beratendes Organ der Wehrleitung. Er fasst Beschlüsse zur Finanzplanung, Dienstplanung und Einsatzplanung, berät über die Aufnahme von Personen in die Feuerwehr.

(2) Der Feuerwehrausschuss besteht aus dem Gemeindeführer als Vorsitzendem, dem Jugendfeuerwehrwart, dem Leiter der Alters- und Ehrenabteilung und entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der Feuerwehr aus bis zu 3 in der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern. Sie werden auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die drei Stellvertreter des Gemeindeführers und der Schriftführer nehmen ohne Stimmberechtigung von Amtswegen an den Beratungen des Feuerwehrausschusses teil.

(3) Der Feuerwehrausschuss hat viermal im Jahr zu tagen. Die Beratungen sind vom Vorsitzenden mit Bekanntgabe der vorgesehenen Tagesordnungen einzuberufen. Der Feuerwehrausschuss muss einberufen werden, wenn es mindestens zwei seiner Mitglieder bei Angabe der geforderten Tagesordnung verlangen. Der Feuerwehrausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

(4) Der Bürgermeister ist zu den Beratungen des Feuerwehrausschusses einzuladen.

(5) Beschlüsse des Feuerwehrausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

(6) Über den wesentlichen Inhalt der Sitzung des Feuerwehrausschusses ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Mitglieder des Feuerwehrausschusses unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Die Niederschrift ist vom Gemeindeführer, dem Schriftführer sowie von zwei Mitgliedern des Feuerwehrausschusses, die zur Sitzung anwesend waren, zu unterzeichnen.

Eine Ausfertigung der Niederschrift ist innerhalb eines Monats dem Bürgermeister vorzulegen.

§ 12 Wehrleitung

(1) Zur Wehrleitung gehören der Gemeindeführer und seine drei Stellvertreter. Leiter der Feuerwehr ist der Gemeindeführer.

(2) Die Wehrleitung wird von der Hauptversammlung in geheimer Wahl für die Dauer von 5 Jahren gewählt.

(3) Gewählt werden kann nur, wer der Feuerwehr aktiv angehört, über die für diese Dienststellung erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und über die nach § 17 Abs. 2 SächsBRKG erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

(4) Der Gemeindeführer und seine drei Stellvertreter sind nach der Wahl und nach Zustimmung durch den Gemeinderat vom Bürgermeister für die Dauer ihrer Amtszeit zu berufen.

(5) Der Gemeindeführer und seine drei Stellvertreter haben ihr Amt nach Ablauf der Wahlperiode oder im Falle eines beabsichtigten vorzeitigen Ausscheidens bis zur Berufung eines Nachfolgers weiterzuführen. Ist dies nicht möglich, sind vom Bürgermeister geeignete Personen mit der kommissarischen Leitung der Feuerwehr zu beauftragen. Kommt innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Stelle oder nach Versagung der Zustimmung keine Neuwahl zustande, setzt der Bürgermeister einen Feuerwehrangehörigen mit Zustimmung des Gemeinderates als Wehrleiter oder Stellvertreter ein. Diese Regelung gilt bis zur satzungsmäßigen Bestellung eines Nachfolgers.

(6) Der Gemeindeführer ist für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich und führt die ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenen Aufgaben durch. Er verabschiedet im Einvernehmen mit dem Feuerwehrausschuss einen Geschäftsverteilungsplan für die Wehrleitung.

Er hat insbesondere

- auf die ständige Verbesserung des Ausbildungsstandes der Angehörigen der Feuerwehr entsprechend den FwDV hinzuwirken,
- die Dienst- und Ausbildungspläne aufzustellen und dem Feuerwehrausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen,
- die Tätigkeit des Kassenwartes und der Gerätewarte zu kontrollieren,
- auf eine ordnungsgemäße, den Vorschriften entsprechende Ausrüstung der Feuerwehr hinzuwirken und
- Beanstandungen, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr betreffend, dem Bürgermeister mitzuteilen.

(7) Der Bürgermeister kann dem Gemeindeführer weitere Aufgaben des Brandschutzes übertragen.

(8) Der Gemeindeführer hat den Bürgermeister und den Gemeinderat in allen feuerwehrtechnischen und brandschutztechnischen Angelegenheiten zu beraten. Er

ist zu den Beratungen der Gemeindeorgane zu Angelegenheiten der Feuerwehr und des Brandschutzes mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

(9) Die drei stellvertretenden Wehrleiter haben den Gemeindeführer bei der Lösung seiner Aufgaben zu unterstützen und ihn bei Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten zu vertreten.

(10) Die Wehrleitung ist für die Aufstellung des Haushaltsplanes der Feuerwehr und deren Zuarbeit zum Gemeindeführer zuständig. Weiterhin erstellt sie einen separaten Haushaltsplan für das Sondervermögen der Kameradschaftskasse, welches bei der Gemeindeverwaltung geführt wird.

(11) Der Gemeindeführer und seine drei Stellvertreter können bei groben Verstößen gegen die Dienstpflichten oder wenn sie die im Abs. 3 geforderten Voraussetzungen nicht mehr erfüllen, vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden.

§ 13 Unterführer

(1) Als Unterführer (Zug- und Gruppenführer) dürfen nur aktive Angehörige der Feuerwehr eingesetzt werden, die die Anforderungen des § 17 Abs. 2 SächsBRKG erfüllen.

(2) Die Unterführer werden vom Gemeindeführer im Einvernehmen mit dem Feuerwehrausschuss in der Regel auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Der Gemeindeführer kann die Bestellung nach Anhörung des Feuerwehrausschusses widerrufen. Die Unterführer haben ihre Aufgaben nach Ablauf der Amtszeit bis zur Bestellung eines Nachfolgers weiter zu erfüllen.

(3) Die Unterführer führen ihre Aufgaben nach den Weisungen und Befehlen ihrer Vorgesetzten aus.

§ 14 Schriftführer, Pressesprecher, Gerätewart

(1) Der Schriftführer wird vom Feuerwehrausschuss für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Schriftführer hat Niederschriften über die Beratungen des Feuerwehrausschusses und über die Hauptversammlungen zu fertigen.

(3) Der Pressesprecher ist für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Feuerwehr verantwortlich. Die Funktion des Pressesprechers wird durch ein Mitglied der Wehrleitung, also vom Gemeindeführer oder eines seiner Stellvertreter übernommen und im Geschäftsverteilungsplan der Wehrleitung festgelegt.

(4) Die beiden Gerätewarte werden für die Dauer von fünf Jahren durch die Hauptversammlung gewählt und sind durch den Gemeindeführer zu berufen. Sie haben die Ausrüstung und die Einrichtungen der Feuerwehr zu verwahren und zu warten. Prüfpflichtige Geräte sind zum festgelegten Termin zur Prüfung vorzustellen. Festgestellte Mängel sind unverzüglich dem Gemeindeführer zu melden.

§ 15 Wahlen

(1) Die nach § 17 Abs. 2 SächsBRKG und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen sind mindestens 2 Wochen vorher zusammen mit dem Wahlvorschlag den Angehörigen der Feuerwehr bekannt zu machen. Der Wahlvorschlag sollte mehr Kandidaten enthalten als zu wählen sind und muss von der Hauptversammlung bestätigt sein.

(2) Wahlen sind geheim durchzuführen. Steht nur ein Kandidat zur Wahl, kann mit Einverständnis der Hauptversammlung die Wahl offen erfolgen.

(3) Wahlen sind nach Möglichkeit vom Bürgermeister, seinem Stellvertreter, mindestens aber von einem von ihm benannten Beauftragten zu leiten. Die Wahlversammlung benennt zwei Beisitzer, die zusammen mit dem Wahlleiter auch die Stimmenauszählung vornehmen.

(4) Wahlen können nur dann vorgenommen werden, wenn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten anwesend ist.

(5) Die Wahl des Gemeindeführers und seiner drei Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlgängen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat. Erreicht kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, so ist eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen durchzuführen, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(6) Die Wahl der Mitglieder des Feuerwehrausschusses ist als Mehrheitswahl ohne Stimmenhäufung durchzuführen. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Ausschussmitglieder zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen Angehörigen der Feuerwehr gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(7) Die Gewählten sind zu fragen, ob sie die Wahl annehmen.

(8) Die Niederschrift über die Wahl ist spätestens eine Woche nach der Wahl durch den Wahlleiter dem Bürgermeister zur Vorlage an den Gemeinderat zu übergeben. Stimmt der Gemeinderat dem Wahlergebnis nicht zu, ist innerhalb eines Monats eine Neuwahl durchzuführen.

(9) Kommt innerhalb eines Monats die Wahl des Gemeindeführers oder seiner drei Stellvertreter nicht zustande oder stimmt der Gemeinderat dem Wahlergebnis wiederum nicht zu, dann ist vom Feuerwehrausschuss dem Bürgermeister eine Liste der Angehörigen der Feuerwehr vorzulegen, die seiner Meinung nach für eine der Funktionen in Frage kommen. Der Bürgermeister setzt dann nach § 12 Abs. 5 die Wehrleitung ein.

§ 16 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

Für die Feuerwehr wird ein Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen gebildet.

Das Sondervermögen besteht aus

- Zuwendungen der Gemeinde und Dritter,
- Erträgen aus Veranstaltungen,
- Sonstigen Einnahmen,
- mit Mitteln des Sondervermögens erworbenen Gegenständen.

Der Feuerwehrausschuss stellt mit Zustimmung des Bürgermeisters einen Wirtschaftsplan auf, der alle im Haushaltsjahr zur Erfüllung der Ausgaben / Auszahlungen der Kameradschaftskasse voraussichtlich eingehenden Einnahmen / Einzahlungen und die zu leistenden Ausgaben / Auszahlungen enthält. Es wird eine Sonderkasse eingerichtet und eine Sonderrechnung geführt. Ausgaben / Auszahlungen können für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben / Auszahlungen können zugelassen werden, wenn ihre Deckung gewährleistet ist. Außerplanmäßige Ausgaben / Auszahlungen bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters. Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben / Auszahlungen in künftigen Haushaltsjahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Wirtschaftsplan dazu ermächtigt.

Über die Verwendung der Mittel beschließt der Feuerwehrausschuss. Der Feuerwehrausschuss kann den Gemeindeführer ermächtigen, über die Verwendung der Mittel bis zu einer bestimmten Höhe oder für einen bestimmten Zweck zu entscheiden. Der Gemeindeführer vertritt bei der Ausführung des Wirtschaftsplanes den Bürgermeister.

Die Kameradschaftskasse ist jährlich mindestens einmal von zwei Rechnungsprüfern, die von der Hauptversammlung auf 5 Jahre bestellt werden, zu prüfen. Der Rechnungsabschluss ist dem Bürgermeister vorzulegen.

Ergänzende Regelungen sind in einer eigenen Satzung über die Kameradschaftskasse zu treffen. Für das Einrichten von Handkassen und die Zahlung von Handvorschüssen sowie die Annahme von Zahlungsmitteln durch Automat finden die einschlägigen Dienstanweisungen für die Gemeindegeldkasse Anwendung.

§ 17 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 1. Oktober 2013 in Kraft.

(2) Die Satzung in der Fassung vom 25. September 2010 tritt zum 30. September 2013 außer Kraft.

Olbersdorf, den 15.08.2013

Andreas Förster
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

(1) Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.